

Online gestellt: 26.04.2007 12:00 Uhr

Aktualisiert: 26.04.2007 12:08 Uhr

Es gibt [Beiträge](#) zu diesem Thema

## Mehrwertsteuer-Befreiung strittig

**Die Mehrwertsteuer-Befreiung für den Eurofighter-Kauf könnte EU-rechtswidrig sein. Das sagt Caroline Kindl vom Institut für Finanzrecht am Wiener Juridicum.**



Die Mehrwertsteuer-

Befreiung für den Eurofighter-Kauf könnte EU-rechtswidrig sein.EPA

Um den Kaufpreis für die Eurofighter niedrig zu halten, hat die schwarz-blaue Regierung bereits 2003 beschlossen, dass für diese Beschaffung keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Wie Kindl schreibt, widerspricht diese Ausnahmeregelung jedoch der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie, ist „formal rechtswidrig“ und „wettbewerbsverzerrend“. Im Fall einer Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof „wäre mit einer Aufhebung zu rechnen“, sagt die Steuerrechtsexpertin. Das Finanzministerium verteidigt die Vorgehensweise.

Zum Hintergrund: Grundsätzlich müsste der Eurofighter-Kauf in Österreich versteuert werden - und zwar mit einem Mehrwertsteuersatz von 20 Prozent. Bei einem Kaufpreis von 1,667 Mrd. Euro wären das also mehr als 300 Mio. Euro Mehrwertsteuer allein für den Eurofighter-Kauf. Um den Kaufpreis gering zu halten, wurde jedoch bereits 2003 eine Ausnahmeregelung beschlossen. Demnach sind „Lieferung, Umbau, Reparatur, Wartung, Vercharterung und Vermietung von Luftfahrzeugen, die von staatlichen Einrichtungen verwendet werden“ von der Mehrwertsteuer befreit (Par. 6 Abs 1 Z 10c Umsatzsteuergesetz).

Kindl verweist nun jedoch darauf, dass diese Ausnahmeregelung dem EU-Recht widerspricht. In der Richtlinie „über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem“ (zuletzt novelliert am 28. November 2006) ist nämlich zwar grundsätzlich geregelt, dass die Mehrwertsteuer-Befreiung für „Luftfahrzeuge, die von staatlichen Einrichtungen verwendet werden“, möglich ist. Aber: Diese Bestimmung gilt nur für jene Staaten, in denen diese Ausnahmen schon beim EU-Beitritt galten bzw. die eine Ausnahme in die

Richtlinie reklamiert haben - und das war zwar etwa in Griechenland und Spanien der Fall, nicht aber in Österreich.

Die Einführung neuer Befreiungstatbestände sei dagegen nach dem Wortlaut der Richtlinie und nach ständiger Rechtsprechung des EuGH „ausgeschlossen“, betont Kindl. Außerdem verweist sie darauf, dass die österreichische Steuerbefreiung wettbewerbsverzerrend wirkt. Grund: Der Eurofighter-Anbieter kann in Deutschland vom Vorsteuer-Abzug Gebrauch machen, obwohl der Kunde in Österreich keine Mehrwertsteuer bezahlt. Dies führt zu einer völligen Entlastung von der Mehrwertsteuer und damit zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber österreichischen Firmen. Diese dürfen im Zusammenhang mit dem Eurofighter nämlich zwar keine Mehrwertsteuer verrechnen, verlieren aber dadurch ihr Recht auf Vorsteuerabzug.

Der EuGH lege angesichts der „systemwidrigen und wettbewerbsverzerrenden Wirkungen“ derartiger Ausnahmegestaltungen „einen strengen Maßstab an“, betont Kindl: „Die nachträgliche Einführung einer Befreiungsbestimmung ist daher nicht nur formal rechtswidrig, sondern widerspricht auch dem System des Binnenmarktes.“

Darüber hinaus hegt Kindl auch inner-österreichische verfassungsrechtliche Bedenken. Erstens wegen möglicher Gleichheitswidrigkeit (weil die Lieferung von Flugzeugen an „staatliche Einrichtungen“ generell und ohne spezifische Sicherheitsinteressen geltend zu machen von der Mehrwertsteuer befreit wurde, während nicht-staatliche Einrichtungen die Steuer sehr wohl bezahlen müssen). Zweitens, weil die Mehrwertsteuer-Befreiung (wie oben erwähnt) wettbewerbsverzerrend wirkt. >p> Sollte Österreich für den Eurofighter-Kauf Mehrwertsteuer bezahlen müssen, wäre das für den Finanzminister kein Nullsummenspiel: Zwar würde der Großteil der Mehrwertsteuer wieder zurück in das Bundesbudget fließen, ein Teil der Einnahmen würde jedoch auch Ländern und Gemeinden zukommen. Grund: Länder und Gemeinden sind nach einem fixen Aufteilungsschlüssel an den meisten Steuereinnahmen des Bundes beteiligt. Ihnen entgehen durch die Mehrwertsteuerbefreiung daher Einnahmen in Millionenhöhe.

Das Finanzministerium hält die österreichische Vorgehensweise in Sachen Mehrwertsteuer-Befreiung für den Eurofighter für zulässig. „Wir gehen davon aus, dass das EU-rechtlich korrekt ist“, sagte Nikola Donig, Sprecher von Finanzminister Wilhelm Molterer (V) der APA. Er verweist auf das Beispiel Spanien. Dieses EU-Mitglied habe die Mehrwertsteuer-Befreiung für staatliche Flugzeug-Beschaffungen nämlich erst nachträglich in die Mehrwertsteuer-Richtlinie hinein reklamiert.

Spanien habe die Befreiung nachträglich bei der EU-Kommission beantragt, was auch genehmigt wurde, sagt Donig. Dies habe Österreich zwar nicht gemacht, aber: „Wir nützen die Möglichkeit, die in der Richtlinien gegeben ist.“